

Das Chancengleichheitsgesetz: Die Aufgaben der Beteiligten – Schulleitungen, BfC und AP

Landtag von Baden Württemberg als gesetzgebendes Organ

beschließt und veröffentlicht

Das Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg

Dieses tritt am 26.02.2016 in Kraft (GBl. vom 26.02.2016)

- Es konkretisiert den §3 Abs.2 des GG (Gleichheitsgrundsatz)
- Geltungsbereich: Öffentlicher Dienst des Landes Baden-Württemberg.



Chancengleichheitsplan:

- Konkretisiert den Auftrag des Gesetzes,
- Regierungspräsidien müssen ihre Ziele, Zeitvorgaben und Mittel der Zielerreichung eigenverantwortlich und selbstverbindlich für 6 Jahre festlegen.
- Hat die Zielvorgabe zu enthalten, mindestens die Hälfte der durch Einstellung zu besetzenden Stellen in Bereichen, in denen Frauenunterrepräsentiert sind, zur Besetzung durch Frauen vorzusehen.
- Im Chancengleichheitsplan ist festzulegen, mit welchen personellen, organisatorischen, fortbildenden und qualifizierenden Maßnahmen die geringere Repräsentanz von Frauen abgebaut werden soll

Fördermaßnahmen für den Schulbereich:

Personalentwicklung mit dem Ziel mehr Frauen für Führungspositionen zu gewinnen

- Maßnahmen zur Förderung von Lehrerinnen an Schulen, (Übertragung von Aufgaben, gezielte Ansprache, Ausschreibung von Abordnungsmöglichkeiten)
- Paritätisch besetzte Gremien
- Fortbildungsangebote für Lehrerinnen, auch unter Berücksichtigung der teilzeitarbeitenden Lehrkräfte
- Teilzeit und Positionen mit Vorgesetzten- und Leitungsaufgaben
- Vorrangige Besetzung von gewünschten Vollzeitstellen mit in Familienarbeit – oder in Pflegezeit stehenden Teilzeitbeschäftigten, ebenso bei gewünschter Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit

Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

- Verantwortung der Maßnahmen liegt bei der Schulleitung
- Ermöglichung einer familien- und pflegegerechten Arbeitszeit (ChancenG §29)
 - Antrag auf familiengerechte Arbeitszeit schriftlich einreichen / Ablehnung muss schriftlich erfolgen unter Beteiligung der BfC
- Unterscheidung zwischen teilbaren und unteilbaren Aufgaben
- Weiterentwicklung der Betreuungsangebote für Kinder